

# Plenarprotokoll

## 85. Sitzung

### Donnerstag, 19. März 2015

#### Gemeinsame Beratung

**a) Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik**  
..... 7147

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN  
Drucksache 18/2631

**b) Bericht zur Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein** ..... 7148

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/2751

**c) Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!** ..... 7148

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/2752

**d) Menschenwürdige Unterbringung sichern! – Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**  
..... 7148

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/2776

---

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die  
Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für meine Fraktion möchte ich als Erstes feststellen: Es ist mehr als bedauerlich, dass wir heute eine verbundene Debatte zu vier elementar wichtigen Themen und Berichten führen. Jedes und jeder einzelne hätte hier diskutiert werden müssen, und zwar separat.

Diese thematische Zwangszusammenlegung wird dem Stellenwert der flüchtlingspolitischen Herausforderungen und der dazu erforderlichen ausführlichen parlamentarischen Diskussion, die offensichtlich gar nicht geführt werden soll, nicht gerecht. Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich recht schnell der Eindruck auf, dass es sich hier auch um eine Strategie der Diskussionsvermeidung seitens der regierungstragenden Fraktionen handeln könnte.

Flüchtlingspolitik und deren unmittelbare Herausforderungen und Auswirkungen auf das Land Schleswig-Holstein, also unsere Bürger und die Menschen, die zu uns kommen, werden uns nicht nur die nächsten zweieinhalb Jahre beschäftigen. Es gibt **50 Millionen Flüchtlinge weltweit**. Wenn ich die Entwicklung verfolge, muss ich konstatieren: Es werden aufgrund der Entwicklung der herrschenden und drohenden Konflikte leider wahrscheinlich noch mehr werden. Hierfür benötigen wir Fachexpertise und wohldurchdachte Lösungen statt Schlagworten und Selbst-auf-die-Schulter-Klopfen; denn dazu gibt es keinen Grund.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Bundesinnenminister, der Flüchtlingslager in Afrika fordert, eine EU-Kommission unter Juncker, die FRONTEX weiter ausbauen wird und im Moment geradediskutiert, ob sie **FRONTEX** auch als Task-Force zur Grenzsicherung auf dem Balkan benutzt, um die Flucht der Menschen dort zu verhindern, eine Politik der Dublin-III-Verordnung und die damit einhergehende Schleuserkriminalität - das alles sind Elemente eines absurden globalen flüchtlingspolitischen Rahmenprogramms, das aus meiner Sicht von uns hier in Schleswig-Holstein erfordert, jeden kleinen Schritt des Machbaren zu gehen.

Die Flüchtlingszahlen werden - das ist hier Konsens - weiter steigen; das war letztes Jahr schon so. Die Landesregierung ist darauf schlecht vorbereitet. Das war letztes Jahr leider auch schon so.

Die **Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt** wird wahrscheinlich erst im Jahre 2016 500 Flüchtlinge aufnehmen können, vom Mangel an fachlich qualifiziertem Betreuungspersonal ganz zu schweigen.

Eine Task-Force des Innenministeriums beginnt morgen Gespräche an den Unis, um Flüchtlinge auf deren Gelände unterbringen zu können. Das allein ist nicht neu; das haben wir alles schon gehört. Aber bis heute gibt es keinen Plan, keine Strategie. Was Flensburg betrifft, ist es schon wieder widersprüchlich. Für die Studenten reichen die Plätze schon heute nicht aus, und bald werden wir einen **doppelten Abiturjahrgang** haben. Was das **Gelände in Flensburg** betrifft, liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist das meiste davon als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Herr Innenminister Studt, ich empfehle Ihnen, Ihre interministerielle Arbeitsgruppe um den Umweltbereich zu erweitern, damit die Interessen des

Naturschutzes und die der Flüchtlingsunterbringungen nicht gegeneinander stoßen. So wird das nämlich nichts.

Über andere zentrale Aufnahmeeinrichtungen diskutieren wir auch schon länger, aber ein Datum für den Bezug dieser ersten nötigen 4.000 Plätze ist nicht einmal in der Diskussion. Ebenso wenig gibt es eine umfassende Kostenanalyse zu allen Bereichen. Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung, in einer Tageseinrichtung beispielsweise, hat die Kitas bereits an die Grenze ihrer Belastbarkeit gebracht. Wir wissen doch, für eine Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien sind derzeit gar keine Kapazitäten mehr vorhanden.

Die **Flüchtlinge aus Krisengebieten** haben nicht nur eine gefährliche Flucht hinter sich, sondern sind oftmals auch durch ihre **Kriegserfahrungen** traumatisiert. Hier fehlt es an qualifizierten Traumatherapeuten und an der Zeit für eine gründliche Anamnese. Auch die Frage der Kostenübernahme – das ist angesprochen worden – für diese Therapien ist noch immer offen.

Ebenfalls unverständlich ist, warum **minderjährige Flüchtlinge**, die bis zum 18. Lebensjahr zum Glück einen besonderen Schutzstatus genießen, diesen mit dem 18. Geburtstag verlieren. Eine Heraufsetzung des Schutzalters wäre – das sagen alle Experten und diejenigen, die sie betreuen – zwingend erforderlich. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist immer noch unzureichend, und die steigende Zahl der Direktzuweisungen, also unter Umgehung einer Erstaufnahmestelle, stellt sie vor schlicht unlösbare – nicht nur logistische – Probleme.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Integration findet nur durch eine gute Betreuung in den Kommunen statt, nirgendwo sonst, nicht in der Erstaufnahmestelle und auch nicht in Notunterkünften.

Nur in den Kommunen kann sie gelingen. Deswegen haben die Kommunen zu Recht die Forderung erhoben – egal, ob jetzt für das Wintermoratorium oder angesichts der bevorstehenden Herausforderungen –, mehr Unterstützung zu bekommen.

Eine zentrale Koordination, Beratung und Betreuung der zum Glück zahlreichen **ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger** findet nicht statt. Für mögliche Probleme bei Eigen- oder Fremdgefährdungen im Rahmen des Ehrenamtes oder auch bei der Schaffung eines einheitlichen Qualitätsniveaus im Rahmen der Betreuung gibt es keine Lösungen. Wir wissen aber, dass das Ehrenamt selber schon eine Überforderung erfährt. Die Ehrenamtlichen brauchen Unterstützung. Wir wissen auch – das ist ja bekannt –, dass in den Orten, in denen die zentralen Unterkünfte jetzt errichtet werden – wie in Boostedt –, eine Betreuung der ehrenamtlich Tätigen überhaupt nicht vorgesehen ist.

Dies sind nur einige Probleme, die ich anreißen wollte. Ministerpräsident Albig hat in diesem Hohen Hause vor vier Wochen im Rahmen seiner Regierungserklärung gesagt - ich möchte das zitieren -:

„Für mich ist das keine Frage des Haushalts. Es ist allein eine Frage der Haltung.“

Ich muss hier entschieden widersprechen: Es ist nicht allein eine Frage der Haltung, sondern es ist die Frage nach proaktivem Handeln und strategischer Planung. Haltung allein hilft den Flüchtlingen nicht.

Da reicht es eben nicht, über einen Nachtragshaushalt zu reden, der nicht einmal valide Zahlen hat, gerade was dieses und das übernächste Jahr angeht. Es reicht auch nicht, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten, die wenige Wochen vor der Flüchtlingskonferenz am 6. Mai noch nicht einmal ein tragfähiges Konzept hat.

Aus diesen und vielen weiteren Gründen haben wir zusammen mit der CDU Fraktion einen Ausschuss für Integrations- und Flüchtlingspolitik beantragt; denn wir sind davon überzeugt, dass das, was auf ministerieller Ebene jetzt zu Recht erfolgt, nämlich die übergreifende Zusammenarbeit, einen adäquaten parlamentarischen Raum braucht, um das zu spiegeln; denn die Häuser arbeiten immer noch nebeneinander. Das machen ja auch die Berichte deutlich, die uns vorgelegt worden sind.

Deswegen ist es keine Kritik am Innen- und Rechtsausschuss oder an der Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses, nein; vielmehr ist festzustellen, dass der Innen- und Rechtsausschuss jetzt schon an die Grenzen seiner Zuständigkeiten stößt und Diskussionen dort nur noch verkürzt geführt werden können. Wir wollen die Expertise von Bildungspolitikern, Sozialpolitikern und Gesundheitspolitikern. Es geht zum Beispiel auch um minderjährige und behinderte Flüchtlinge, die zu uns kommen. Das alles soll gemeinsam diskutiert werden, und zwar nicht im Sinne eines Angriffs auf Regierungspolitik, sondern als Begleitung. Ich glaube, dass Parlamentarier, die viel mehr im Land unterwegs sind, bessere Lösungsvorschläge erarbeiten können, als das ein Ministerium von oben gesehen tun kann. Das wäre für uns logisch und verantwortlich.

Dort könnte zum Beispiel der Vorschlag von Hilfsorganisationen diskutiert werden, die vorschlagen, **Werkzeugkästen** einzubauen, Toolboxen, in denen alle Elemente unserer Gesellschaft zusammengefasst werden können, mit denen wir für Flüchtlinge etwas nach vorn bewegen können. Dafür ist im Innen- und Rechtsausschuss überhaupt kein Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fand es schon bezeichnend, dass die Debatte über unseren Antrag, den wir im letzten Jahr eingebracht haben, seitens der Koalitionsfraktionen bis heute verzögert worden ist, die auch nicht bereit waren, in der heutigen Debatte auf Sachargumente einzugehen.

Es ist ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses, wie es ihn zum Beispiel in Berlin und Nordrhein-Westfalen gibt. Es gibt ihn bereits in anderen Bundesländern. Ich glaube, dass Sie einfach Angst davor haben, einem temporären Ausschuss bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Möglichkeit zu geben, bessere Politik zu machen als Sie, die Sie sich ja immer über alle anderen stellen. Ja, die Sozialdemokraten sind die einzigen, die Sozialpolitik machen. Dieser Ausschuss hätte gezeigt, dass wir es genauso gut alle zusammen machen können.

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir bitte geordnet weiter verfahren? - Frau Abgeordnete, gestatten Sie zuerst eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Garg?

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Vielen Dank. Frau Kollegin, ich möchte Sie auf zwei Punkte hinweisen: Erstens. Im Ältestenrat sind alle Fraktionen vertreten, also neben den fünf anderen Fraktionen auch die Piratenfraktion. Zweitens. Es ist eher unüblich, dass über die Frage von Ausschusszuschnitten oder die Neuformierung von Ausschüssen im Parlament debattiert wird. Und drittens will ich noch darauf hinweisen, dass Ihre Initiative, die Sie gemeinsam mit der Union eingebracht haben, mitnichten von irgendjemandem verzögert wurde. Darüber wurde – wie es sich aus meiner Sicht gehört - im Ältestenrat übrigens im Einvernehmen mit allen Anwesenden gesprochen.

Man kann zu dem Ausschuss stehen, wie man will. Dadurch ist jedoch Ihr Vorwurf zumindest aus meiner Sicht nicht zutreffend, dass hier irgendjemand irgendetwas absichtlich verzögert hätte. Mein Eindruck ist vielmehr, dass Flüchtlingspolitik unabhängig davon, wie man Inhalte im Einzelnen bewerten mag, von allen Fraktionen dieses Hauses immer mit absoluter Priorität behandelt wurde.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Kollege Garg, ich denke, wir sind uns einig, dass der Ältestenrat kein Ersatz für politische Diskussionen des Parlaments ist. Wir haben die ersten drei Vorschläge - -

Ich möchte jetzt gern aussprechen, auch wenn Ihnen das nicht passt, Herr Stegner. - Ich muss dies nachprüfen, aber Ende Oktober haben wir verschiedene Vorschläge an alle flüchtlingspolitischen Sprecher geschickt. Es hat einen intensiven E-Mail-Verkehr gegeben, an dem sich dankenswerterweise die CDU, die FDP und in Teilen auch die SPD beteiligt haben. Wir haben am Rande des Plenums ein Treffen gehabt, bei dem der Kollege Lars Harms so nett war, sich zu entschuldigen, weil

ihm die Zeit gerade nicht passte. Das war in Ordnung. Dabei wurden die Bedenken des Kollegen Klug geäußert.

Die Grünen haben den Dialog dann abgebrochen. Es wurde der Wunsch geäußert, dass wir das Thema noch einmal im Januar aufgreifen mögen. Das haben wir gemacht. Wir haben Änderungsanträge eingearbeitet. Seitdem war es sehr schwierig, Rückmeldungen zu bekommen. Wie gesagt, die Grünen haben sich hierzu nicht verhalten.

Ich bewerte dies zunächst als ungewöhnlich. Sie sagen, die Problematik werde von allen gleich ernst gesehen. Es kam jedoch zu Verzögerungen, es wurde nicht geantwortet, und es wurde gesagt, wir schieben eine solche Debatte noch einmal. Heute findet eine solche Debatte statt, wenn auch nicht in dem von uns gewünschten Rahmen. Wir werden heute abstimmen. Ich sage es noch einmal zu meinem tiefsten Bedauern. Ich darf aus dem Ältestenrat nicht zitieren. Ich weiß auch nicht, was dort gesagt worden ist, denn ich bin kein Mitglied des Ältestenrates. An diesem Punkt möchte ich die Debatte aber gern beenden. Es gibt im Ältestenrat das Konsensprinzip. Ich glaube, Sie sollten sich darüber freuen, dass unser Vorsitzender versucht, dieses Konsensprinzip im Kompromiss mit aufrechtzuerhalten. Meine politische Bewertung ist eine eigene.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Herdejürgen?

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Nein, danke. Eine Fraktion, die mir nicht zuhört, wird sicherlich auch keine qualifizierten Fragen stellen.

Ich komme zum Schluss. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Rahmen dieser Debatte keinerlei Informationen zu der Integrationskonferenz aller Länder, die in der nächsten Woche hier unter Federführung dieser Landesregierung stattfinden wird, bekommen; eine Integrationskonferenz, die mit Sicherheit versuchen wird, neue Lösungswege weiter gemeinsam zu entwickeln. Ich wünsche ihr viel Glück. Ich fürchte nur, seitens der Landesregierung kommt da nicht viel positiver Input.

---

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Angelika Beer

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Lieber Herr Kollege Garg, über den letzten Punkt, den Sie angesprochen haben, herrscht hier im Hause, Gott sei Dank, Konsens. Über ihn herrscht auch in der

Flüchtlingsarbeit vor Ort Konsens, auch mit den kommunalen Vertretern Ihrer FDP. Darüber freue ich mich sehr. Das will ich hier noch einmal unterstreichen. Ich will hier keine künstlichen Widersprüche aufbauen.

Was den Ausschuss betrifft: Vielleicht schauen Sie einmal über den schleswig-holsteinischen Horizont hinaus. Ich habe an zwei Sitzungen des **Integrationsausschusses in NRW** teilgenommen, in dem zum damaligen Zeitpunkt auch die FDP vertreten war. Dort bestand zwischen allen Fraktionen ohne ideologische Debatte Konsens darüber, dass dieser Integrationsausschuss eine sehr zielorientierte, konzentrierte Arbeit leistet. Es war das Ansinnen, das auch hier zu versuchen, temporär bis zum Ende der Legislaturperiode.

Ich denke, dass Sie sich an diese Debatte vielleicht noch erinnern werden, sie wird nämlich demnächst auf Bundesebene durch Vertreter der Wirtschaft und andere geführt werden, ob es nicht an der Zeit ist, ein **Integrationsministerium** in Berlin aufzubauen.

**Beschluss:**

1. Überweisung des Berichts Drucksache 18/2751 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung
2. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1752 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung
3. Überweisung des Berichts Drucksache 18/2776 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung
4. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2631..... 7170